

Linke Liste Wiesbaden



Informationen der Fraktion Linke Liste (LiLi) Wiesbaden

Sommer 2007

Was sollen Wiesbadenerinnen und Wiesbadener nicht erfahren?

Unter dieser Rubrik werden wir zukünftig regelmäßig Informationen wiedergeben, die es der Lokal-Presse offensichtlich nicht wert waren, abgedruckt zu werden. Über die Gründe darf spekuliert werden – es ist allerdings auffällig, wie viele Pressemitteilungen der Linken Liste zu keiner Berichterstattung in der Wiesbadener Presse führen. In dieser Ausgabe beschäftigen wir uns gleich mit drei Themen:

Unterdrückte Nachrichten I: Verfassungsklage der Studierenden und Gewerkschaften gegen die Studiengebühren.

Am 23. Mai verfassten die Linke Liste Wiesbaden und der Asta der FH Wiesbaden unter dem Titel „Linke Liste Wiesbaden unterstützt Verfassungsklage gegen Studiengebühren“ eine gemeinsame Pressemitteilung mit dem folgenden Wortlaut:

„Verfassungsklage Studiengebühren: Endspurt eingeläutet. Der Asta der FH Wiesbaden und die Linke Liste Wiesbaden werden am 29. Mai noch einmal gemeinsam mit einem Infostand auf dem Mauritiusplatz über die Verfassungsklage gegen Studiengebühren informieren. Das Ziel der Landes-Asten die erforderlichen 43.308 Unterstützerunterschriften bis zum Monatsende zusammen zu haben, ist erreichbar. Nach Stand vom 15. Mai fehlten noch 3000 Unterschriften.

Unterstützungserklärungen, Auskünfte und Hilfestellungen gibt die Fraktion Linke Liste im Rathaus, Zi. 305; Frau Manuela Schon, Telefon (0611) 312465, Fax (0611) 315917, Mail lili.fraktion@wiesbaden.de.“

Die Presseerklärung, unterzeichnet von Manuela Schon für die Linke Liste und Katja Flicker für den Asta der FHW, wurde den Bürgerinnen und Bürgern von Wiesbaden nicht „zugemutet“.

Wie „unwichtig“ bzw. „unberichtbar“ das Thema Verfassungsklage für den Wiesbadener Kurier ist, bewies er am 23. Juni: Während Rundfunk und TV über die Übergabe der mehr als 70.000 Unterschriften an den Verfassungsgerichtshof – in Wiesbaden! – berichteten, fand sich darüber kein Wort in der örtlichen Zeitung.

Unterdrückte Nachrichten II: Stadtverordnete der LiLi treten in Partei DIE LINKE ein.

Unter der Überschrift „DIE LINKE ist mehr als WASG plus Linkspartei – kommunalpolitisch aktive Parteilose werden Mitglied der neuen Partei DIE LINKE.“ erschien die folgende Presseerklärung (Wortlaut):

„Mit dem Zusammenschluss der Parteien WASG und Linkspartei zur neuen Partei DIE LINKE. am 16. Juni 2007 ist eine neue Möglichkeit gegeben für soziale Gerechtigkeit und Abrüstung, gegen Kriegspolitik und Umweltzerstörung, für Demokratie und Freiheitsrechte, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus politisch wirkungsvoller aktiv zu werden – auch in unserer Stadt.

Linke unterschiedlicher Herkunft und mit sehr verschiedenen Erfahrungen haben in und mit der neuen Partei DIE LINKE. die Möglichkeit über Veränderungen zu diskutieren und diese dann gemeinsam zu verwirklichen. Wir wollen dabei nicht abseits stehen und werden auch unsere Erfahrungen, Ideen und Kräfte einbringen für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung, Armut und Krieg für uns selbst und künftige Generationen.

Deshalb erklären wir anlässlich der Entstehung der Partei DIE LINKE. zum 16. Juni 2007 unseren Beitritt und rufen auf, diesem Beispiel zu folgen.

Hartmut Bohrer, Fraktionsvorsitzender der Linken Liste Wiesbaden – Mechthilde Coigné, stellv. Fraktionsvorsitzende der Linken Liste Wiesbaden — Jürgen Jäger, Mitglied des Ortsbeirates Westend (Linke Liste) – Frank Porten, stellv. Ortsbeiratsvorsitzender der MZ-Kastel (Wählergruppe AUF) – Gunther Praml, Mitglied im Jugendhilfeausschuss (Vertreter der Linken Liste).“

Auch von dieser Meldung erschien in der Wiesba-

Unterdrückte Nachrichten
in Wiesbaden – drei Beispiele
Seite 1/2

Hartz IV und Kinderarmut
in Wiesbaden
Seite 2

Antrag der Linken Liste zum
Sozialen Wohnungsbau
Seite 3

Hartz IV: Stadt Wiesbaden muss an
Schwangere zahlen
Seite 3

Ocotal: Schwere Sturmschäden –
und ein Notruf, der im Wiesbadener
Rathaus unbeachtet blieb
Seiten 4/5

Stellungnahme der Linken Liste zu
den „Integrationsvereinbarungen mit
Religionsgemeinschaften“
Seite 6

Neonazis treten verstärkt
in unserer Stadt auf
Seiten 6/7

„Schwampel“ verordnet
Jugendparlament
Seite 7

Beschlossene Kampagne der
„Schwampel-Koalition“ diffamiert
Menschen mit Übergewicht
Seite 12

Termine

Öffentliche Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung:
20. September; 15. November;
13. Dezember 2007

Fraktionssitzungen
der Linken Liste Wiesbaden:
Regelmäßig Montag abends in den
„Sitzungswochen“. Nähere Infos im
Fraktionsbüro, Rathaus, Zimmer 305,
Telefon 315426,
Fax 315917

Vollversammlungen
der Wählergruppe Linke Liste
jeweils 19 Uhr,
Hilde-Müller-Haus, 3. Stock:
26. September; 24. Oktober;
21. November 2007

denen Presse kein Wort; das besorgten die Mainzer Allgemeine (für AKK) und die Frankfurter Rundschau, die immerhin den Eintritt der Stadtverordneten erwähnte.

Unterdrückte Nachrichten III:

Linke Liste: FH-Studie zur Wahlbeteiligung nicht repräsentativ und teilweise sachlich falsch

In einer Pressemitteilung kritisierte Hartmut Bohrer, Fraktionsvorsitzender der Linken Liste, am 14. Juni die von der Verwaltungsfachhochschule Wiesbaden vorgestellte Studie zu „Bürgerbeteiligung und kommunale Demokratie am Beispiel der Stadt Wiesbaden von 1945 bis heute“ als unvollständig und nicht repräsentativ. Wir veröffentlichten seine Stellungnahme im Wortlaut:

„Wie die Autoren selbst feststellen ist die Menge der Befragten mit 281 Personen äußerst ‚bescheiden‘. Die Einschätzung, dass die Repräsentativität durch die Durchführung an neuralgischen Punkten in Wiesbaden erfüllt sei, ist methodisch äußerst fragwürdig. Dass die Schlussfolgerung aus der Studie ‚Typischer Nichtwähler = weiblich und zwischen 18 und 29 Jahren‘ nicht zutrifft, zeigt dann auch ein Blick in die Wahlanalyse zur Kommunalwahl

2006: Während 40,6% der wahlberechtigten Frauen ihre Stimme abgaben, waren es dagegen nur 39,7% der Männer. Bei der letzten OB-Wahl 2007 gaben 25,9% der Frauen gegenüber 25,6% der Männer ihre Stimme ab.

In Bezug auf die Interviews mit ehemaligen oder aktiven Stadtpolitikern und Dezernenten muss darauf hingewiesen werden, dass die Fraktion Linke Liste sowie die Fraktion der Republikaner nicht einmal Erwähnung finden.

Es wurden lediglich Fraktionsgespräche mit SPD-, CDU- und BLW-Vertretern durchgeführt, Vertreter der Grünen- und der FDP-Fraktion standen nach Angaben der Verfasser nicht für ein Gespräch zur Verfügung. Eine entsprechende Anfrage an die Linke Liste gab es nicht.

In der chronologischen Zusammenstellung wird die Linke Liste fälschlicherweise als „PDS-Ableger“ bezeichnet. Auch die Aussage, dass die 5%-Hürde erst zur Kommunalwahl 2006 wegfiel, ist unzutreffend.

Alles in allem ist die Studie teilweise sachlich schlicht falsch und weder die Bürgerbefragung noch die Fraktionsgespräche sind repräsentativ. Es ist zweifelhaft, ob eine so durchgeführte Studie in der Lage ist, den Rückgang der Wahlbeteiligung zu erklären.“

Die lokale Presse berichtete zwar ausführlich über die erwähnte Studie – die Kritik der Linken Liste aber „fiel unter den Tisch“.

Wir werden unsere Berichterstattung über Nicht-Veröffentlichtes fortsetzen – Anlass liefern uns die örtlichen Medien bislang genug.

Aktuell in Wiesbaden: Kinderarmut und Hartz IV

Fast jede/r neunte Wiesbadener/in (8,4%) zwischen 15 und 65 Jahren erhält „Grundsicherung“.

Bei den Kindern ist mit 6.795 (17,7%) sogar jedes sechste Kind von SGB II betroffen. Das sind 6,4 Prozent mehr als im westdeutschen Durchschnitt.

Erschreckend ist, dass sich die Anzahl der Kinder, die Sozialhilfe beziehen, seit der Einführung der Hartz-Gesetze verdoppelt hat. Insgesamt sind in Deutschland 1,7 Millionen Kinder von der Einkommenssituation her abgehängt und ausgegrenzt. Die Einkommensarmut von Kindern in der BRD hat damit eine historisch neue Dimension erreicht.

Kinder in Hartz-IV-Familien müssen auf alltägliche und für ihre Entwicklung wichtige Aktivitäten wie Kinobesuche, die Mitgliedschaft in einem Sportverein, sogar auf Nachhilfeunterricht verzichten.

Dr. Ulrich Schneider vom paritätischen Wohlfahrtsverband: „Derzeit werden in ganz Deutschland wieder Hunderttausende von Kindern eingeschult. [...] Schulranzen, Schultüte, Turnbeutel, Turnkleidung, Federmappe und Schreibhefte addieren sich schnell zu rund 180 Euro, wie unser Testkauf ergab. Wie soll dies bei 207 Euro im Monat bestritten werden? Aus unserer Sicht ignoriert der Gesetzgeber den notwendigen erzieherischen und Entwicklungsbedarf von Kindern – es sei denn, er wollte ernsthaft die Auffassung

vertreten, dass ein abgeschabter Schulranzen der dritten Generation, eine mit Tinte verfleckte Federtasche und durchgelatschte Turnschuhe das sind, was ein Kind zum Schulstart motiviert und ihm das Gefühl gibt, im Klassenverbund dazuzugehören.“ Im ALG II ist für die Schulbildung kein Cent vorgesehen.

Wie moralisch ungerecht die Hartz-Gesetze sind, zeigt sich auch bei der Regelung, dass Kinder ihre Geschenke (Konfirmation, Geburtstag, Weihnachten, ...) abgeben müssen, wenn es mehr als 50 Euro Bargeld sind. Dass dabei sogar Kontrolleure aktiv werden müssten, zeugt vom Geist eines sozialpolitischen Überwachungsstaats.

Kinder, deren Elternteile getrennt leben, erhalten keine Kostenerstattung für Besuchsfahrten zu weiter entfernt lebenden Familienangehörigen. Sozialdezernent Hessenauer antwortete auf eine entsprechende Anfrage der Linken Liste, die Bundesgesetzgebung sehe solche Zusatzleistungen nicht vor. Die Landeshauptstadt Wiesbaden müsse dies deshalb auf Darlehensbasis regeln, was „natürlich Unfug“ sei. Die bereits materiell benachteiligten Kinder werden dadurch auch noch sozial benachteiligt.

Dies sind nur einige Beispiele dafür, dass vor allem die Schwächsten in unserer Gesellschaft, die Kinder, die Verlierer von Hartz IV sind.

Deshalb steht fest: Hartz IV muss weg!

„... schon erledigt?“ 

Anträge und Anfragen der Fraktion Linke Liste und die entsprechenden Antworten der politisch Verantwortlichen finden Sie auf www.fraktion-linke-liste-wiesbaden.de

Lili



Zeitung der Fraktion Linke Liste Wiesbaden

„Sozialer Wohnungsbau ist unentbehrlich“

(Antrag der CDU/CSU im Deutschen Bundestag, Drucksache 14/3668)

Unter der Überschrift „Bestand an Sozialwohnungsbauten erhalten bzw. ausweiten“ stellte die Fraktion Linke Liste folgenden Antrag:

„Der Magistrat wird aufgefordert, dahingehend tätig zu werden, dass der Bestand an Sozialwohnungsbauten in der Landeshauptstadt Wiesbaden (einschließlich AKK) erhalten bleibt bzw. ausgeweitet wird. In diesem Zusammenhang soll geprüft werden, die Anteile der Landeshauptstadt Wiesbaden an der Wohnbau Mainz GmbH zu erhöhen.“

Wir zitieren aus der Begründung des Antrages durch den Abgeordneten Jürgen Becker:

Der Bestand von Sozialbauwohnungen in Wiesbaden ist seit 2005 rückläufig. Preiswerte Wohnungen im Mietwohnungsmarkt bestehen in erster Linie aus mietpreisgebundenen Sozialwohnungen. Deren Zahl nimmt in Wiesbaden weiterhin kontinuierlich ab. Von ehemals rund 25.000 preisgebundenen Wohnungen zu Beginn der 90er-Jahre stehen Ende 2005 nur noch 10.881 mit entsprechenden Belegungsrechten der Kommunen zur Verfügung. Die Dezimierung dieser Bestände allein in den letzten fünf Jahren liegt bei 16%. Entsprechend verringert sich der Anteil am Gesamtwohnungsbestand in Wiesbaden.

Angesichts der Zahlen von Haushalten, die Leistungen nach SGB II oder XII erhalten, wirken diese Ergebnisse besonders alarmierend.

Absolut unverständlich ist in diesem Zusammenhang der Verkauf von rund 400 Wohnungen der GWG an einen britischen Investor im März letzten Jahres und der Verkauf von mehr als 600 Wohnungen im Dezember 2006 an Quantum Immobilien. Damit sind innerhalb eines Jahres sage und schreibe mehr als 1.200 Wohnungen in die Hände von größeren, teils ausländischen, Finanzinvestoren übergegangen. Diese Transaktionen werden nicht ohne Einfluss auf den Wiesbadener Wohnungsmarkt bleiben.

Der Verkauf von rund 2800 Wohnungen in Kostheim, Kastel und Amöneburg durch die Wohnbau Mainz wirft Fragen auf, auf die wir bis heute keine Antwort erhalten haben. Werden sie ebenfalls an einen Finanzinvestor veräußert, oder wird die Landeshauptstadt die einmalige Gelegenheit wahrnehmen diese Filetstücke zu übernehmen? Eine schnelle Antwort würde 5000 Bürgern ihre Lebensplanung erleichtern. Mainz und Wiesbaden sollten zeitnah, schon im Interesse der betroffenen Mieter, die kommunale Lösung vertraglich verifizieren.

Ein gangbarer Weg, auch eine Übernahme von Gesellschaftsanteilen plus einen Aufpreis von der Stadt Mainz, könnte einen Verkauf der Wohnungen verhindern.

Auf Antrag der SPD wurde der Antrag der Linken Liste einstimmig in den Sozialausschuss überwiesen. Man darf gespannt sein, wie sich dort die einzelnen Parteien äußern werden.

Hartz IV: Erfolg für Schwangere – Stadt Wiesbaden muss Zahlungen leisten!

Erst nach mühseligen juristischen Aktivitäten, unterstützt vom Verein Soziale Hilfe e.V., erreichte eine schwangere Studentin, dass die Landeshauptstadt Wiesbaden ihr die Regelleistungen und Miete zahlen muss, konkret per Gerichtsbeschluss(!) für die Monate April (693 €) und Mai (898 €).

Dieser besonders schwerwiegende Einzelfall – die Geburt stand Anfang Juni bevor – macht deutlich, dass bei der Optionsstadt Wiesbaden bezüglich der Umgangs mit Leistungsberechtigten und deren Ansprüchen vieles im Argen liegt. Die Fraktion Linke Liste sieht sich in ihrem anhaltenden und beharrlichen Nachfragen bestärkt, beispielsweise was die Handhabung des so genannten „Wiesbadener Handbuchs“ – zuletzt beantragte sie im Februar 2007 im Stadtparlament die Einrichtung eines Akteneinsichtsausschusses –, aber auch, was die Verwendung von Leistungsberechtigten in „1-Euro-Jobs“ betrifft. An zahlreichen Beispielen (Grünflächenamt, Schloss Freuden-

berg, Veranstaltungen und Arbeiten im Bereich der Ortsbezirke) wies die Linke Liste darauf hin, dass in Wiesbaden ALG-II-Berechtigte in Beschäftigungen eingewiesen wurden und werden, die keinesfalls ihre Chance erhöhen, einen regulären Arbeitsplatz zu erhalten, sondern gerade auch im Bereich der Kommune zum Abbau regulärer Beschäftigungen führen.

Die Linke Liste ist die einzige Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung, die sich grundsätzlich gegen die Hartz-IV-Gesetzgebung ausgesprochen hat: Sie wird auch nicht nachlassen, konkrete Missstände und Versäumnisse anzuprangern und auf Rechtsverstöße hinzuweisen. Aus diesem Grund unterstützt die Fraktion Linke Liste auch die Einsetzung eines externen Revisors – und zwar mit der gleichen Zielsetzung wie der Verein „Soziale Hilfe e.V.“ –, vorhandene Mängel beim Umgang mit Leistungsberechtigten aufzudecken und Vorschläge zur Beseitigung dieser Mängel zu machen.



Jürgen Becker, Stadtverordneter der Linken Liste Wiesbaden

Die Stadtverordneten und deren Zuständigkeiten in Ausschüssen (fett = mit Stimmrecht):

Hartmut Bohrer:
Ältestenausschuss; Gesundheit; Revision; **Schule und Kultur.**
Mail: www@hartmutbohrer.de

Mechthilde Coigne
Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration; **Frauenangelegenheiten; Freizeit und Sport.**
Mail: coigne.mechthilde@web.de

Jürgen Becker
Umwelt und Sauberkeit; Planung, Bau und Verkehr; **Soziales; Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung.**
Mail: j.becker-erbenheim@online.de

AK Bürgerbeteiligung

Der Arbeitskreis Bürgerbeteiligung der Linken Liste trifft sich im Büro der Linken Liste (Raum 305) im Rathaus, Schlossplatz. Den nächsten Treff erfahren Sie im Fraktionsbüro.

Lili



Zeitung der
Fraktion Linke Liste Wiesbaden
Sommer 2007

Zu Gast bei der LiLi: Werner Rügemer

„Privatisierung von kommunalem Eigentum und ihre Folgen – Aktuell: Wiesbaden“

Montag, 22. Oktober, 19.30 Uhr, Pariser Hoftheater

Schwere Sturmschäden in Ocotal – und ein Notruf, der im Wiesbadener Rathaus unbeachtet blieb

Ein Bericht von
Marbod Rossmeissl
vom Partnerschaftsverein
Nueva Nicaragua

Jahr für Jahr wird Nicaragua im Frühjahr und im Herbst von schweren Stürmen heimgesucht. In diesem Jahr trafen sie Ocotal ganz besonders schlimm. Gleich zu Beginn der Regenzeit ging eine ganze Reihe schwerer Tropenstürme über die Stadt hinweg. Sie lösten Überschwemmungen aus, deckten Dächer ab, rissen Hütten weg oder ließen sie einsturzgefährdet zurück. Betroffen waren wie immer die ärmsten Stadtteile. Alleine im Stadtteil Nuevo Amanecer, dem ärmsten der Stadt, wurden 104 Häuser beschädigt, in den anderen armen Stadtteilen waren es jeweils 25 bis 50 Häuser, die teilweise bis ganz zerstört wurden.



Aufgrund der Heftigkeit der ersten Stürme kündigte der nationale Wetterdienst weitere und noch schwerere Orkane an.

Angesichts dieser Situation sandte der Bürgermeister von Ocotal einen Aufruf an alle Partnerstädte seiner Stadt, ihm bei der Bereitstellung vorbeugender Maßnahmen, der Beschaffung von Notunterkünften, Lebensmitteln und Dachblechen zu helfen. Dabei stellen gerade die abgedeckten Häuser das größte Problem dar, da sie viele Menschen den Regen-

stürmen schutzlos aussetzen.

Aus eigener Kraft ist die Stadtverwaltung Ocotals nicht in der Lage, die anstehenden Probleme in den Griff zu bekommen. Grund für diese prekäre Lage ist zum einen die allgemeine Armut in Nicaragua sowie das schnelle Wachstum Ocotals. Seit den 60er-Jahren hat sich die bebaute Fläche Ocotals um nahezu das Vierfache vergrößert, was auf die hohe Geburtenziffer und vor allem auf den Zuzug mittelloser Menschen vom Lande zurückzuführen ist. Waren es in den 80er-Jahren in erster Linie Menschen, die vor dem Terror der Contra-Guerilla flüchteten, welche in der Umgebung Ocotals besonders grausam wütete, so waren es in späteren Jahren vor allem Bauern, die auf dem Land kein Auskommen fanden und in der Stadt ihr Heil suchten.

Auch in diesem Jahr wurde durch den schlechten Ausgang der diesjährigen Kaffeeernte wieder eine neue Zuzugswelle nach Ocotal ausgelöst. In mehreren Gemeinden des Umlands war zu Anfang des Jahres die Kaffeeproduktion aufgrund ungünstiger Witterungsbedingungen zwischen 30 und 70% gegenüber dem Vorjahr gefallen. Verschärft wurde diese Krise aber auch durch die Tatsache, dass viele kleine Kaffeebauern in den vergangenen Jahren wegen der niedrigen Kaffeepreise nicht die notwendigen Mittel besaßen, ihre Kaffeepflanzen zu erneuern. So sehen sich viele Kleinproduzenten nach dem Einbruch ihrer Ernte gezwungen, zum Ausgleich ihrer Schulden ihre Fincas zu verkaufen. Vollständig mittellos ziehen sie nach Ocotal und lassen sich am Rande der Stadt nieder. Sie bauen ihre Hütten auf brachliegenden Grundstücken an steilen Böschungen

und in Tälern, die für einen Hausbau vollständig ungeeignet sind, da sie sich bei heftigen Tropenregen in abrutschende Hänge und reißende Bäche verwandeln.

In den neuen Siedlungen entstehen Wege und Straßen, die sich den topografischen Gegebenheiten nicht anpassen und die Versorgung mit Wasser und Stromleitungen sehr erschweren.

Eine Räumung dieser Gebiete von Seiten der Stadtverwaltung wird erschwert, da diese aufgrund des Fehlens von Alternativen nur mit Gewalt durchgeführt werden könnte, was von der Bevölkerung auch nicht gebilligt werden würde.

So entstehen auf anarchistische Weise ständig neue Ansiedlungen an den Rändern der Stadt, die die Stadtverwaltung vor ständig neue Herausforderungen stellen, obwohl es ihr noch nicht einmal gelungen ist, die vorhergegangenen zu bewältigen.

Keiner der armen Stadtteile verfügt über befestigte Straßen und Wege, in vielen Häusern gibt es keinen elektrischen Strom, in vielen Stadtteilen muss das Wasser von Zapfstellen am Straßenrand geholt werden, das Wasser ist oft über Tage gesperrt, um aufgrund der ungenügenden Dimensionierung der Wasserleitungen den Zufluss in die angrenzenden Stadtteile zu ermöglichen. Eine Kanalisation existiert nur im Zentrum der Stadt. Sie wurde vor zehn Jahren mit Hilfe der Stadt Wiesbaden und der EU ausgeführt. In den übrigen Stadtteilen existieren nur Latrinen, während die Abwässer im Erdreich versickern oder durch die Straßen rinnen.

Wenn man sich vor Augen hält, dass die offizielle Arbeitslosigkeit in Ocotal 55% beträgt und die Mehrheit der Einwohner der Stadt unter der Armutsgrenze lebt und somit keinen Beitrag zu den finanziellen Einkünften der Stadt leisten kann,



Sie können Spenden zur Linderung der Not in Ocotal auf folgendes Konto überweisen:

Spendenkonto Ocotal
Nr.: 1013737033
KD-Bank Dortmund
(BLZ 35060190)

Lili



Zeitung der
Fraktion Linke Liste Wiesbaden

4

Sommer 2007

kann man sich leicht vorstellen, dass die Stadtverwaltung den gewaltigen Anforderungen, denen sie gegenübersteht, aus eigenen Kräften kaum mehr gewachsen ist. Auf der einen Seite muss sie den Menschen in den bereits bestehenden Stadtteilen eine Infrastruktur zur Verfügung stellen, um ihnen ein Leben in Würde zu ermöglichen, auf der anderen Seite muss sie ständig neue Menschen aufnehmen. Es ist zukünftigen Überschwemmungen vorzubeugen, indem sie ein Regenabflusssystem in Angriff nimmt, und gleichzeitig soll sie den Menschen in ihrer akuten Not beistehen, in die sie unverschuldet aufgrund ihrer extremen Armut geraten sind.

In dieser Notsituation wandte sich der Bürgermeister Ocotals wie gesagt an alle Partnerstädte und Partnerorganisationen im Ausland und bat um dringende Hilfe, damit den von den Unwettern Betroffenen Notunterkünfte, Lebensmittel und Material zur Reparatur der Dächer zur Verfügung gestellt werden können.

Aus Wiesbaden wurde dieser Aufruf bis heute von der Stadt leider nicht beantwortet.

Dies war nicht immer so. Vor zehn Jahren, als Nicaragua vom Wirbelsturm Mitch schwer heimgesucht worden war, hatte die Stadt Wiesbaden als Sofortmaßnahme 100.000 DM zur Verfügung gestellt, der doppelte Betrag wurde von den Bürgern unserer Stadt gespendet. Mit diesen Mitteln wurde zusammen mit der Hilfe anderer Partnerstädte der Stadtteil Pueblos Unidos gebaut, der damals wegen seiner vorbildlichen Planung und Ausführung einen mittelamerikanischen Städtebaupreis erhielt.

Der Verein Nueva Nicaragua e.V. hilft mit den Mitteln, die ihm von seinen treuen Spendern zur Verfügung gestellt werden, die sozialen Einrichtungen in der Stadt Ocotal zu erhalten und zu verbessern.



Die größeren Projekte für die Jugend der Stadt und für Infrastrukturverbesserungen wurden auch über das Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und z.T. auch mit Mitteln der EU finanziell gefördert.

Die jährliche Unterstützung der Landeshauptstadt der Partnerschaftsvereine für alle Partnerstädte Wiesbadens mit 25.000 Euro, wovon für Nueva Nicaragua e.V. im Jahre 2006 entsprechend der eigenen Spendenmittel 11.000 Euro abfielen, wurde in Zeiten knapper städtischer Kassen akzeptiert. Doch sollte eine darüber hinausgehende Unterstützung der ärmsten Partnerstadt in einer außergewöhnlichen Situation durch Beschluss der verantwortlichen städtischen Gremien immer möglich sein.

Für die aktuelle Situation ist unser aller Solidarität und, wie wir meinen, auch besonders die der Landeshauptstadt gefordert.

Bürgermeister von Ocotal bei LiLi



Am 4. Juli empfing die Fraktion Linke Liste in der Aula der IGS Kastellstraße Marciano Berríos Sevilla, den Bürgermeister der Stadt Ocotal in Nicaragua. Eine Stunde lang berichtete er von der seit 1990 bestehenden Städtepartnerschaft zwischen Ocotal und Wiesbaden. Während seine Stadt durch die Partnerschaftsvereine eine Menge Unterstützung erhält, fühlt er sich von den politischen Kräften in der Landeshauptstadt hingegen im Stich gelassen.

Liebe Leserinnen und Leser,

es ist es uns nicht möglich, alle Informationen in wünschenswerter Ausführlichkeit in unserer Zeitung darzustellen. Glücklicherweise gibt es aber das Internet; dort sind u.a. alle unsere Anträge, Anfragen und Beschlüsse im Wortlaut wiedergegeben.

Schauen Sie doch mal rein.

Und ganz besonders freuen wir uns über alle, die an konkreter Mitarbeit interessiert sind: Auch hier hilft das Internet zur Kontaktaufnahme weiter:

www.fraktion-linke-liste-wiesbaden.de

LiLi



Zeitung der
Fraktion Linke Liste Wiesbaden

Sommer 2007

5



Mechthilde Coigné, Stadtverordnete der Linken Liste Wiesbaden

„Integrationsvereinbarungen“

Die Stadtverordnete der Linken Liste Mechthilde Coigné begründete in ihrer Rede, warum sich die Linke Liste bei dem Antrag „Integrationsvereinbarungen mit Religionsgemeinschaften“ in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 28. Juni 2007 enthielt.

Wir dokumentieren die Rede in Ausschnitten:

„Politischer Hintergrund für die heute zur Abstimmung stehende Vereinbarung war der 2004 angestrebte Moscheebau einer islamischen Gemeinde mitten in Wiesbaden. Dieses Ansinnen stieß bei der benachbarten Bevölkerung auf wenig Verständnis. Mit dem oben genannten Antrag sollten die Wogen geglättet, die Bedenken aus der Bürgerschaft beseitigt werden.

In diesem Rahmen fand ein knappes Jahr später ein Hearing statt, bei dem der erste Entwurf der Vereinbarungen vorgestellt wurde. Ab dann war aber Schluss mit der Beteiligung der Öffentlichkeit in der Diskussion um Inhalte.

Klar, dass mit religiösen Gemeinschaften die islamischen Gemeinschaften gemeint waren, mit deren Vertretern sich die Verwaltung traf. Die inhaltlichen Punkte wurden nicht in Ausschüssen des Stadtparlamentes oder gar in einer breiteren Öffentlichkeit diskutiert. Ein exklusiver Kreis, dem nicht einmal die Vertreter/innen aller im Integrationsausschuss vertretenen Fraktionen – so auch nicht der Linken Liste – angehörten, tagte im Verborgenen. Wollte man die Öffentlichkeit nicht überfordern? Hier wurde eine Chance vergeben, ein breites öffentliches Verständnis für uns fremde Kulturen zu erwerben.

Erst vor kurzem hatten wir in unserer Stadt wieder eine ähnliche Situation wie 2004: Eine islamische Gemeinde wollte sich aus dem Hinter-

hofdasein befreien und ihr Gebetshaus verlegen, zentral gelegen, von Wohnblocks umgeben. Auf dieses Ansinnen reagierten Bewohner des betroffenen Stadtteils mit Ablehnung.

Was spiegeln diese Reaktionen wider?

Immer mehr Menschen fühlen sich von gesellschaftlicher Ausgrenzung bedroht. Schul- und Ausbildungswege, Zugänge zum Arbeitsmarkt bleiben einer wachsenden Anzahl von Menschen versperrt. Betriebsverlagerungen – wie zum Beispiel Linde in Kostheim – führen zu massiv steigenden Arbeitslosenzahlen. Weite Teile der Bevölkerung sind verunsichert, haben Ängste. Eine natürliche Angst vor Fremdem nimmt zu und kann leicht in Fremdenhass umschlagen.

Hier wird Platz für faschistisches Auftreten ermöglicht – wie auch bei uns in Wiesbaden geschehen. Verstärktes Auftreten rechter Gruppierungen im Wohngebiet, in dem das Gebetshaus eingerichtet werden sollte, hetzte Anwohner zusätzlich auf. Nicht immer finden Vorfälle dieser Art den notwendigen Niederschlag in der öffentlichen Presse.

Die Taten sind es, die wir mit den Worten abgleichen müssen. Solidarität können wir einfordern, aber besser, sie wird alltäglich praktiziert. Und hier ist jede einzelne Bürgerin und jeder einzelne Bürger aufgefordert mitzuwirken, Verständnis für die eigene und die Situation anderer aufzubringen.

Religiöse Fragen sollten Kirchen und Glaubensgemeinschaften klären, die sozialen Fragen müssen in der gesamten Gesellschaft gelöst werden.

Vielleicht hätte die Diskussion in der breiten Öffentlichkeit über Vereinbarungen Verständnis und Akzeptanz fördern können. Eine vertane Chance für die breite Öffentlichkeit, sich differenziert mit Fremdem auseinanderzusetzen.

Heute – 2007 – gibt es in Wiesbaden immer noch Gebetshäuser in Hinterhöfen. Die Wege in die Öffentlichkeit sind mindestens so schwer wie 2004.

Wir stimmen nicht gegen diese Vereinbarungen. Aber wir halten sie nicht für sonderlich hilfreich, um zu mehr Verständnis und Solidarität zwischen den Menschen unserer Stadt aus den verschiedenen Kulturkreisen zu kommen.

Die Linke Liste stimmt deshalb mit Enthaltung.“



Moschee im Wiesbadener Stadtgebiet

Neonazis agieren verstärkt in der Landeshauptstadt

Mit wachsender Sorge verfolgt die Linke Liste Wiesbaden die sich mehrenden rechtsextremen Vorfälle in der Landeshauptstadt in den letzten Monaten. Es ist ganz offensichtlich, dass Rechts sich bereits mitten im Landtagswahlkampf befindet. Während bis vor kurzem nach außen offenkundig rechtsgesinnte Jugendliche im Stadtbild so gut wie nicht anzutreffen waren, hat sich auch dies jetzt leider geändert.

Dieser Artikel liefert einen kurzen Abriss der letzten Monate:

2. Dezember 2006: Eine vom NPD-Landesvorsitzenden, Marcel Wöll aus Butzbach, angemeldete Kundgebung unter dem Motto „Stoppt die Islamisierung Europas – keine Moschee auf dem Gräselberg“ wird nach Verbreitung volksverhetzender Parolen von der Polizei aufgelöst. Nachdem die Stadt Wiesbaden die Kundgebung verboten hatte, war dieses Verbot vom Verwaltungsgerichtshof Kassel am Tag der Kundgebung wieder aufgehoben worden.

20. Dezember 2006: Eine weitere Kundgebung der

Lili



Zeitung der Fraktion Linke Liste Wiesbaden
6 Sommer 2007

NPD in Sichtweite des Supermarkts, in dem ein islamisches Gebetszentrum errichtet werden soll; deren Verbot durch die Stadt hebt erneut das Gericht auf. Diesmal können rund 10 junge Neonazis ungehindert ihre faschistischen Parolen via Lautsprecher und Flugblätter verbreiten.

- 19. April 2007: Eine Veranstaltung im Café Klatsch informiert über die Naziszene im Rhein-Main-Gebiet und über die von Marcel Wöll angemeldeten Naziaufmärsche am 1. Mai in Rüsselsheim und Raunheim. Etwa 15 Nazis versuchen diese Veranstaltung zu stören.
- 12. Mai 2007: Die NPD verteilt NPD-Zeitungen und Musik-CDs mit rechtem Liedgut auf dem Gräselberg.
- 19. Mai 2007: Kundgebungen der „Nationalen Sozialisten“ in fünf Wiesbadener Stadtteilen, u.a. im Schelmengraben, im Hochfeld und Erbenheim-Mitte. Das Motto der Infostände: „Zukunft statt Globalisierung“.
- 26. Mai 2007: An den Rhein-Main-Hallen werden an die Besucher des sudetendeutschen Treffens Flugblätter verteilt.

Inzwischen hat sich neben den in Wiesbaden aktiven Nationalen Sozialisten Mainz/Bingen auch eine Ortsgruppe Wiesbaden/Taunus gegründet.

Dass in Zukunft mit verstärkten Aktivitäten zu

„Schwampel“ verordnet Jugendparlament

Jugendverbände wollen jugendgerechtere Beteiligungsformen

2008 soll, so ein Beschluss der „Schwampel-Mehrheit“, ein Jugendparlament eingerichtet werden. Alle Wiesbadener Bürgerinnen und Bürger zwischen 14 und 21 Jahren sollen 31 Mitglieder dieses Parlamentes wählen, wie dies konkret geschieht, soll der Magistrat erst noch mit Vertretern von Jugendorganisationen aushandeln.

Im Vorfeld der Stadtparlamentssitzung hatten die in der AG Partizipation zusammengeschlossenen Jugendorganisationen kritisiert, dass das Jugendparlament keine ausreichende und jugendgerechte Initiative für eine stärkere Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an der Politik sei. Dieser Kritik schlossen sich SPD und Linke Liste an und beantragten, zunächst den Ausschuss für Bürgerbeteiligung damit zu befassen.

Wir zitieren aus der Rede, die Mechthilde Coigné aus diesem Anlass hielt:

„Jugendliche sind Experten in eigener Sache. Nicht immer wissen Erwachsene, was für sie das Beste ist. Deshalb ist es wichtig, dass Ihnen die Möglichkeit der Partizipation gewährt wird, und es ist lobenswert, wenn über mögliche Formen nachgedacht wird. Es gibt vielfältige Beteiligungsarten: Von projektorientierten Formen, über Kinder- und Jugendforen, bis hin zu Kinder- und Jugendparlamenten, um nur ein paar wenige zu nennen. Möchte man Kinder und Jugendliche beteiligen, muss dies jedoch von Anfang an der Fall sein. Nur dann können sie sich damit identifizieren und in den Ergebnissen wiederfinden. Das, was Kinder und Jugendliche selbst machen können, sollte man sie auch selbst machen lassen.“

Wir brauchen kein Jugendparlament, das eine Spielwiese für die Bildungseliten darstellt und in dem die sprachlich schwächeren Kinder und Jugendlichen benachteiligt werden. Wird das Parlament jedoch

rechnen ist, zeigt folgendes Zitat von der Webseite www.widerstand.info: „Gerade im Hinblick auf die kommende Landtagswahl in Hessen wird allerdings noch viel Arbeit vor uns stehen. [...] Mit der heutigen Mahnwache wurde ein Startsignal gesetzt.“

Durch die Geheimhaltungsstrategie der Stadt Wiesbaden gegenüber der demokratischen Öffentlichkeit wird die Mobilisierung von Gegendemonstrationen erschwert bzw. verhindert. Dass die Stadt die NPD-Veranstaltungen verbietet, ist an sich positiv zu bewerten. Gegenteilige Entscheidungen der Gerichte bewirken jedoch in den meisten Fällen, dass die Rechten kaum auf Gegenwehr von Gegendemonstranten stoßen.

Um in Zukunft eine schnellere Mobilisierung zu erreichen, müssen sich alle demokratischen Kräfte besser vernetzen, gerade weil Aktionen der Nazis durch die Taktik der Stadt häufig zu spät bekannt werden. Zurzeit wird ein Verteiler aufgebaut. Wer darin aufgenommen werden möchte, kann sich gerne im Fraktionsbüro der Linken Liste melden.

Ein „Runder Tisch gegen Rechts“ wird ebenfalls gegenwärtig reaktiviert. Nicht nur reagieren, sondern vor allem agieren, und das in einem möglichst breiten Bündnis, ist wichtig, damit die Neonazis in unserer Stadt nicht noch mehr Fuß fassen! Die Linke Liste wird ihren Beitrag zur Verteidigung demokratischer Errungenschaften leisten.

von „oben nach unten“ entwickelt, besteht die Gefahr, dass es zu sehr an die Strukturen der Erwachsenen angelehnt wird. Beteiligung, gelebte Demokratie, muss vor allem darauf achten, dass jene einbezogen werden, die von den traditionellen repräsentativen Strukturen leicht übersehen und deren Interessen gering geschätzt werden. Allein deshalb ist eine breite Beteiligung von Beginn der Konzeption an unerlässlich.

Nach einem Stadtverordnetenbeschluss aus dem Jahr 2003 ist Kindern und Jugendlichen bereits ein Rederecht in Ausschüssen einzuräumen. Der vorliegende Antrag schränkt diesen Beschluss auf die Punkte ein, bei denen „eine besondere Betroffenheit Jugendlicher“ besteht. Das ist nicht akzeptabel. Wenn wir Kinder und Jugendliche wirklich beteiligen wollen, müssen wir zunächst einmal hören, was sie denn eigentlich wollen.

Eine Festlegung auf ein Parlament ist bereits ein Schritt zu weit. Das Parlament bindet eine geringe Anzahl von Menschen auf eine lange Zeit (hier: 2 Jahre). Damit schließen wir bereits die Mehrheit der Jugendlichen aus und verlangen von diesen sofort ein Engagement über einen längeren Zeitraum. Willy Brandt forderte 1969 „Mehr Demokratie wagen“ – Auch hier stünde uns dies nicht schlecht zu Gesicht. Lassen wir die Kinder und Jugendlichen an diesem Prozess teilhaben, und legen wir uns vorher noch nicht auf eine bestimmte Beteiligungsform fest.

Wir beantragen deshalb die Überweisung des Antrags in den Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration.“

Dieses Vorgehen schmetterte die „Schwampel-Koalition“ aber mit ihrer Mehrheit ab.

Der Wiesbadener Jugend wird ein Modell verordnet, gegen das sich Jugendliche selbst ausgesprochen haben – CDU, FDP und Grüne wollen es halt so.

Da muss man ja wollen!

Name:

Straße:

PLZ, Ort:

E-Mail:

Einsenden bzw. faxen (06 11) 31-5917 an Fraktion
Linke Liste, Rathaus, Schlossplatz 6, 65183 Wiesbaden
E-Mail: lili.fraktion@wiesbaden.de

Sie müssen ...

Dann senden wir Ihnen Infomaterial zu, laden Sie zu Versammlungen ein und schicken Ihnen diese Zeitung in Zukunft sogar nach Hause!

... nur wollen!

Lili



Zeitung der
Fraktion Linke Liste Wiesbaden
Sommer 2007



Hartmut Bohrer, Fraktionsvorsitzender der Linken Liste Wiesbaden

LiLi-Antrag mit konkreten Vorschlägen fand keine Mehrheit „Schwampel“ diffamiert Menschen mit Übergewicht

Unter dem diffamierenden Motto „Und Du kriegst auch noch Dein Fett weg“ beschloss die Stadtverordnetenversammlung im Juni mit den Stimmen der „Schwampel“-Koalition und der REP bei Enthaltung der SPD und gegen die Stimmen von LiLi und BLW ein Projekt namens „Fett-weg-Jahr“.

Beschlossen wurde u.a. die Bildung einer Arbeitsgruppe, die Installation einer Telefon-Kontrolle und ein „Tag der Wahrheit“ mit einer Waage im Rathaus. Auch an „Belohnungen“ ist gedacht – die sollen von privaten Unternehmen gestiftet werden.

Dieser im Kern aus Werbemaßnahmen und Presseerklärungen bestehenden „Kampagne“ stellte die Fraktion Linke Liste einen Änderungsantrag entgegen, den wir im Folgenden wiedergeben:

„Der Magistrat wird aufgefordert, für das Haushaltsjahr 2008 den Betrag von 50.000 Euro anzumelden zur Förderung von besonderen Projekten der Gesundheitsförderung.

Gefördert werden sollen Projekte von Selbsthilfegruppen, Schulen und anderen Einrichtungen, die das Ziel haben Verhaltensweisen und Situationen zu verändern, um positive Effekte für die Gesundheit möglichst vieler Menschen zu erzielen.

Sponsorengelder von Krankenkassen und gesundheitsbewussten Unternehmen und Einrichtungen sollen gewonnen werden, um die zur Verfügung stehenden städtischen Mittel zu erhöhen.

Zu Beginn des Jahres 2009 sind an einem geeigneten Ort erfolgreiche Projekte zu präsentieren und besonderes Engagement öffentlich zu würdigen.

Für die Aktivitäten ist ein Motto vorzuschlagen, das ausdrückt, dass Gesundheit für alle Menschen in unserer Stadt ein Ziel gemeinsamer Anstrengungen sein muss, und das kranke Menschen nicht diskriminiert. Für die Vergabe der Zuschüsse sind bis zur nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom Magistrat transparente Kriterien vorzuschlagen.“

Dieser Änderungsantrag, der sowohl konkrete Verpflichtungen vorsah als auch deutlich machte, dass Übergewicht sehr viel mit Verhältnissen (wie Armut) und Verhaltensweisen (wer arm ist, lebt schlechter, nimmt eher zu, wird eher krank) zu tun hat, fand keine Mehrheit: „Schwampel“ und REP stimmten dagegen, SPD und BLW enthielten sich.

Einmal mehr hat die Schwampel-Koalition ein wichtiges Thema aufgegriffen – aber nicht, um die Zustände in unserer Stadt wirklich zu verbessern, sondern ausschließlich, um sich selbst eine gute Presse zu verschaffen.

Statt hier 50.000 € für die Gesundheit der Bevölkerung in die Hand zu nehmen, wurden 120.000 € für die Deutsche Straßenmeisterschaft 2007 eingesetzt – eine Veranstaltung, an deren moralischer und gesundheitlicher Verwerflichkeit aufgrund des inzwischen flächendeckend aufgedeckten Dopings nicht mehr ernsthaft gezweifelt werden kann.

Wie erreichen Sie die LiLi?

Geschäftsstelle der Fraktion:
Rathaus, Zimmer 305
Telefon (0611) 315426
Fax (06 11) 31 59 17
E-Mail: lili.fraktion@wiesbaden.de

Wann sind wir erreichbar?:
Mo.–Do.: 10–13 Uhr
Fr.: 10–12 Uhr
Mi.: 16.30–18.30 Uhr

Unsere Postanschrift:
65183 Wiesbaden, Schlossplatz 6

Internet:
www.linke-liste-wiesbaden.de
www.fraktion-linke-liste-wiesbaden.de

Diese Zeitung ist kostenlos –
wir freuen uns über Spenden:
Konto 2164 07 023
Mainzer Volksbank (BLZ 551 900 00)

Fraktion Linke Liste Wiesbaden
Ausgabe Sommer 2007
Auflage: 8.000
Gestaltung: Gottfried Schmidt
V.i.S.d.P.: Hartmut Bohrer

Schweigeminute für Guernica im Parlament? Thiels lehnt LiLi-Vorschlag ab

Zur Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am 10. Mai regte die Fraktion Linke Liste eine Schweigeminute aus Anlass der Bombardierung von Guernica durch die Nazis an.

Sie begründete dies: „Die Stadtverordnetenversammlung möchte als Partnerstadt der baskischen Stadt San Sebastian im Bewusstsein der Verantwortung für die durch deutsche Bomberverbände der Legion Condor vor 70 Jahren am 26. April 1937 zerstörte Stadt Guernica der Opfer mit einer Schweigeminute gedenken. Die zielgerichtete Zerstörung Guernicas ist heute ein weltweites Symbol für den Bombenkrieg gegen die Zivilbevölkerung und mahnt uns, alles zu unternehmen, dass auch von

deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen darf.“ Enttäuschend war die Reaktion der Stadtverordnetenvorsteherin Thiels: Sie lehnte ab, „selbst bei dem Hinweis auf die Nähe zu unserer Partnerstadt San Sebastian.“ Es sei keine „kommunale Aufgabe, historische Ereignisse durch eine Stadtverordnetenversammlung zu bewerten, zu denen unsere Stadt keinen unmittelbaren Bezug“ habe. Bezeichnend der folgende Satz: „Wir alle wissen, dass Zukunft nur aus der Kenntnis der Vergangenheit gestaltet werden kann. Erinnern, Bewahren und Gestalten ist die Maxime des Wiesbadener Stadtparlaments.“ Es darf nur nicht konkret werden, hätte Frau Thiels ihren Satz fortsetzen können.

SV Wehen-Wiesbaden – erste Konsequenzen für Breitensport

Nun sind erste Konsequenzen des Umzugs der Profimannschaft des SV Wehen-Wiesbaden spürbar:

Der gesamte Vorstand des Kreisfußballausschusses wird 2008 geschlossen nicht mehr zur Wahl antreten. Kreisfußballwart Helmut Herrmann begründet dies vor allem mit dem „Vertrauensbruch der Stadt Wiesbaden im Fall Wehen“. Man sei in die Entscheidung über den Umzug nicht einbezogen worden, und neben dem Verlust eines Fußballplatzes und eines Kleinspielfeldes im Stadion-Areal stünden die Wiesbadener Fußballer nun noch mehr im Abseits als bisher. „Die Politik

sagt, der Umzug Wehens sei für alle Wiesbadener Vereine ein Vorteil, aber ich sehe keinen.“

Die Befürchtung der LiLi-Fraktion, dass die Interessen Weniger im großen Profisport-Markt bedient werden – auf Kosten des Vereins- und Schulsportes und der Stadt Wiesbaden bzw. der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler –, hat sich bestätigt. Die Linke Liste hat als einzige Fraktion im Stadtparlament gegen den Bau einer „BRITA-Arena“ und die Benachteiligung des Schul- und Breitensports gestimmt. Bei Enthaltung der Bürgerliste stimmten alle anderen Fraktionen dafür.

